



Presseschau vom 27.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gleb Makarewitsch: Die indischen Beziehungen zu Russland – Beugt sich Indien dem Druck des Westens?

Aufgrund der russischen Operation in der Ukraine steigt seit Wochen der westliche Druck auf Indien, sich den Sanktionen gegen Moskau anzuschließen. Wird Neu-Delhi standhalten? Und welche Folgen wird der Konflikt für die Beziehungen des Landes zu Russland und zum Westen haben? ...

<https://kurz.rt.com/2vxf> bzw. [hier](#)

Chad Johnson: Wie Washington den Ukraine-Konflikt nutzt, um einen Keil zwischen Russland und China zu treiben

Es wäre naiv zu glauben, dass die USA ihren Kurs zur Eindämmung Chinas ändern würden, selbst wenn Peking sich Moskau wegen der Ukraine widersetzen würde. ...

<https://kurz.rt.com/2vwo> bzw. [hier](#)

Nebosja Malic: Der Weg zum Krieg in der Ukraine begann 1999 im Kosovo

Die Befürworter des NATO-Krieges gegen Jugoslawien haben kein Recht, über Recht, Souveränität oder Grenzen zu sprechen. ...

<https://kurz.rt.com/2vxb> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Maskenpflicht für Schüler: Wird sie zum Dauer-Ritual gegen Ängste von Erwachsenen?

Keine Freiheit für Kinder nach zwei Jahren Pandemie: Viele Politiker, Experten und Verbände wollen an der Maskenpflicht in Schulen festhalten. Doch zum Nutzen und zu Risiken der Maßnahme für Minderjährige kann die Regierung bis heute keine Studien präsentieren. ...

<https://kurz.rt.com/2vwt> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:10 (18:10) ria.ru: Drohne über dem Schwarzen Meer abgeschossen

Das Verteidigungsministerium gab die Vernichtung der ukrainischen Drohne über dem Schwarzen Meer bekannt.

Russische Luftverteidigungskräfte zerstörten einen ukrainischen Hubschrauber und vier Drohnen, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow.

„Ein ukrainischer Mi-24-Hubschrauber wurde in der Luft über dem Dorf Staraja Basan abgeschossen. Während des Tages wurden drei ukrainische unbemannte Luftfahrzeuge über Balakleja, Kiew und Tschernigow zerstört. Ein weiteres ukrainisches unbemanntes Luftfahrzeug wurde zerstört, als im Luftraum über dem Schwarzen Meer es sich Sewastopol näherte“, - sagte er. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0c/0b/1763287932_0:134:3068:1860_1280x0_80_0_0_ca6a95560883dd1619ac92b811dbab9e.jpg

20:36 (18:36) ria.ru: **In Weißrussland wurde ein Verfahren gegen ein Bataillon, das in der Ukraine gegen Russland operiert, eröffnet**

Das Innenministerium von Belarus eröffnete ein Verfahren gegen die Mitglieder eines Bataillons, das in der Ukraine gegen Russland vorgeht.

Der stellvertretende Leiter der Hauptdirektion für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption des belarussischen Innenministeriums, Michail Bedunkewitsch, sagte, dass den Strafverfolgungsbehörden bekannt sei, dass 50 Mitglieder eines belarussischen Bataillons in der Ukraine gegen die Russische Föderation vorgegangen seien, ein Strafverfahren wurde eröffnet.

"Wir kennen 50 Personen, die ihre Teilnahme an den Aktivitäten des sogenannten Bataillons (das belarussisches Kalinowskij-Freiwilligenbataillon, gebildet im März 2022, das auf der Seite des ukrainischen Militärs handelt - Anm. d. Red.) erklärt haben. Gegen diese Personen wurde ein Verfahren eingeleitet - (laut Artikel) Komplizenschaft in einem bewaffneten Konflikt auf dem Territorium eines fremden Staates ... Wenn sie nach Weißrussland zurückkehren, werden sie strafrechtlich verfolgt", sagte Bedunkewitsch im Sender STV. Er fügte hinzu, dass es eine Interaktion mit den Strafverfolgungsbehörden Russlands gebe, um Daten über diese Personen und ihre Standorte auszutauschen.

Bedunkewitsch sagte, dass die Opposition, die Belarus verlassen hat, Propaganda für die Aktivitäten dieses Bataillons betreibe und auch für die Schaffung dieser Formation verantwortlich sei.

Er sagte, dass Strafverfolgungsbeamte "koordinierte Aktionen dieser Kräfte" beobachteten, die Aktionen gegen die Infrastruktur der belarussischen Eisenbahn zu zum Inhalt haben. „Wir haben Maßnahmen ergriffen und Menschen festgenommen, die versucht haben, die Infrastruktur der belarussischen Eisenbahn zu beschädigen. Ihnen droht eine langjährige Haftstrafe. Und wir warnen diejenigen, die die Absicht haben, sich an solch radikalen Aktionen zu beteiligen, dass sie festgenommen werden. Wir wissen es.

Wir haben genug Kräfte und Mittel, um diesen Aufrufen, diesen terroristischen Aktionen wirksam entgegenzutreten. Die Folgen sind sehr hart - bis zu 20 Jahre Gefängnis", warnte der Beamte. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/08/1777125289_0:0:3136:1764_1280x0_80_0_0_78a09572164111d3162cc9e35d170cfe.jpg

21:00 (19:00) ria.ru: **Biden geht davon aus, dass sich Russlands Wirtschaft halbieren wird**
US-Präsident Joe Biden geht davon aus, dass sich die russische Wirtschaft aufgrund westlicher Sanktionen halbieren und nicht mehr zu den 20 größten der Welt gehören werde. „Die Wirtschaft ist auf dem besten Weg, sich in den kommenden Jahren zu halbieren ... Sie wird bald nicht einmal unter den Top 20 der Welt sein“, sagte er am Ende seiner Europatournee in Warschau.

Biden fügte hinzu, dass Russlands Wirtschaft vor den Ereignissen in der Ukraine die elftgrößte der Welt war.

Westliche Länder haben als Reaktion auf die Sonderoperation der Russischen Föderation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine mehrere Sanktionen verhängt. Eine Reihe von Unternehmen kündigte den Rückzug aus dem russischen Markt und die Schließung von Produktionsstätten im Land an. Der russische Außenminister Sergej Lawrow bemerkte, dass westliche Unternehmen, die sich weigerten, mit Russland zusammenzuarbeiten, dies unter enormem Druck getan hätten, aber Russland werde alle Probleme mit der Wirtschaft lösen, die der Westen für es schaffe. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/15/1779313977_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_8a49d521ea39755a7ddd4d2b755e0081.jpg

21:26 (19:26) ria.ru: **Jarowaja: Es ist Russlands Pflicht, die Arbeit von Biolabors in der Ukraine zu untersuchen**

Die stellvertretende Sprecherin der Staatsduma, Irina Jarowaja, sagte, dass die Untersuchung der Arbeit der biologischen Labors in der Ukraine eine Pflicht und Verantwortung gegenüber

denjenigen sei, die während des Zweiten Weltkriegs durch biologische Experimente starben. Am 26. März 1975 trat das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Aufbewahrung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und über deren Vernichtung in Kraft.

„Die Arbeit der biologischen Labors in der Ukraine zu untersuchen, ist unsere Pflicht und Verantwortung gegenüber denen, die während des Zweiten Weltkriegs bei biologischen Experimenten ums Leben kamen, und im Interesse der Gewährleistung der heutigen Sicherheit“, zitierte sie Jarowajas Pressedienst.

Seit 1995 haben die Länder Verhandlungen über die Entwicklung eines speziellen Mechanismus zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen in Form eines rechtsverbindlichen Dokuments aufgenommen – eines Protokolls zur Konvention, das es den teilnehmenden Ländern ermöglichen sollte, die biologischen Aktivitäten von Partnern zu kontrollieren, stellte sie fest.

Nach fast zehnjährigen Verhandlungen wurde die Schaffung eines nationalen Systems zur Eindämmung der Entwicklung und Verbreitung von biologischen Waffen und Toxinwaffen jedoch gestoppt: Die USA erklärten, sie seien nicht bereit, das Protokoll zu akzeptieren, so der Abgeordnete weiter.

„Während der Sonderoperation enthüllten unsere Soldaten die Tatsachen über die Anwesenheit von biologischen Labors in der Ukraine, die in Zusammenarbeit mit dem US-Verteidigungsministerium an gefährlichen biologischen Entwicklungen beteiligt waren. Die Tatsache, dass diese Labors den Vereinigten Staaten gehören, wurde von einer offiziellen Vertreterin des US-Außenministeriums bestätigt“, erinnert sie sich.

Jarowaja erinnerte daran, dass dank Amerika diejenigen, die während des Zweiten Weltkriegs unmenschliche Experimente an Menschen durchgeführt haben, in der Lage gewesen seien, eine Haftung vor dem Tokioter Tribunal zu vermeiden.

„Wir betrachten die Situation in Bezug auf die Ukraine nicht als eine Situation lokaler Natur. Ein Problem und eine Bedrohung auf globaler Ebene wurden aufgedeckt. Die Vereinigten Staaten wurden von verschiedenen Ländern mehrfach wegen des Missbrauchs der Biotechnologie und des Tatbestands der biologischen Invasion angeklagt. Und die Frage nach der Verantwortung der Vereinigten Staaten für die Schaffung neuer Bedrohungen, nicht nur für Russland, sondern für alle Länder der Welt, ist ein Thema von historischer Bedeutung und Relevanz für aktuelle Entscheidungen zur Verteidigung von Frieden und Sicherheit.

Unsere parlamentarische Untersuchung ist ein Schritt in Richtung Einsicht und Wahrheit für die Welt, eine Gelegenheit, zu einer echten Kontrolle über die Entwicklung, Produktion und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen zu gelangen und ihre Entwicklung und Verwendung zu verhindern“, fügte die Abgeordnete hinzu.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/06/1c/1738885034_0:210:3094:1950_1280x0_80_0_0_d9323d30f1864575368555d970790919.jpg

21:39 (19:39) ria.ru: **Ukrainische Radikale halten mehr als 4,5 Millionen Zivilisten als Geiseln**

Nationalisten in der Ukraine halten immer noch mehr als 4,5 Millionen Menschen als menschliche Schutzschilde und über 6,5 Tausend Ausländer als Geiseln, sagte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums, bei einem Briefing am Samstag.

"Ukrainische Neonazis halten weiterhin über 4,5 Millionen Zivilisten in Kiew, Charkow, Tschernigow, Sumy und mehr als zwei Dutzend anderen großen Siedlungen als menschliche Schutzschilde fest. Darüber hinaus bleiben 6.577 Ausländer aus 23 Ländern Geiseln von Kämpfern der Bataillone der Territorialverteidigung und 67 Schiffe aus 15 Ländern sind in ukrainischen Häfen blockiert", sagte Misinzew.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/04/1776453365_0:0:3150:1772_1280x0_80_0_0_c93ca1037425e44637de74504f783e1e.jpg

23:22 (21:22) ria.ru: **Sacharowa reagierte auf Borrells Worte über die Stärkung des Bündnisses zwischen Russland und China**

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte die Erklärung des Chefs der europäischen Diplomatie, Josep Borrell, dass das Vorgehen des Westens „Russland nach China“ drängen und zu einem Ungleichgewicht führen könnte. Borrell hatte zuvor gesagt, wenn der Westen „Russland in Richtung China drängt“, würde dies einen globalen Südosten und Nordwesten schaffen, der zu „unglaublichen Ungleichgewichten“ führen könnte.

"Ich würde ihnen nicht einmal zutrauen, Räder auszuwuchten, geschweige denn Geopolitik zu betreiben. Es gibt noch mehr Krisen in der Welt, die auf ihre verachtenswerten Manipulationen zurückzuführen sind, auf die Brüsseler Pseudo-Diplomatie", schrieb Sacharowa auf Telegram.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/14/1768764665_0:308:2982:1985_1280x0_80_0_0_478b3cbbd72079523e332d72c4915ccd.jpg

23:28 (21:28) ria.ru: **Russland wurde der Zugang zu Biolabors in der Ukraine verweigert - Außenministerium**

Russland suchte über internationale Institutionen Zugang zu Biolabors in der Ukraine und in Georgien, aber dies wurde verweigert, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

„Wir haben über internationale Rechtsinstitutionen Zugang zu diesen Labors (in Georgien und der Ukraine) erhalten. Was haben sie uns gesagt? Sie haben fantastische Dinge gesagt. Die Labors besuchen? Natürlich können Sie das. Sie können sich in den Empfangsbereich setzen. Es gibt einen Empfang, es gibt nette Leute, die Sie empfangen, Ihnen einen Kaffee einschenken und Ihnen die Kataloge zeigen. Aber es gibt keinen Zugang zu den Laboren, weder für Sie noch für die spezialisierten Beobachter. Was sagt Ihnen das? Es fanden dort Experimente statt, die verboten sind“, sagte sie gegenüber TVC.

Sacharowa betonte, dass das Pentagon diese Biolabore für militärische Zwecke verwende, weil es keinen einzigen Cent für etwas ausgeben würde, das nicht auf nationale militärische Interessen abzielt.

Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor eine Präsentation abgehalten, aus der hervorgeht, dass die Vereinigten Staaten mehr als 200 Millionen US-Dollar für den Betrieb biologischer Labors in der Ukraine ausgegeben haben, die am amerikanischen Militärbiologieprogramm teilgenommen haben.

Die Russische Föderation schließe im Zusammenhang mit den Tatsachen der militärischen biologischen Aktivitäten der USA in der Ukraine den Start eines Konsultationsmechanismus im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot biologischer und toxischer Waffen nicht aus, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, kommentierte Informationen über von den USA finanzierte biologische Labors in der Ukraine und forderte Washington auf, seine Aktivitäten zur biologischen Militarisierung im In- und Ausland zu klären.

Was jetzt in der Ukraine enthüllt wurde, sei ein kleiner Bruchteil von mehr als 300 US-Biolabors, die auf der ganzen Welt verstreut sind. Russland werde neue Dokumente über ihre Arbeit vorlegen, sagte der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow später.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/10/1778493966_0:325:3064:2048_1280x0_80_0_0_245dd6fec328d12c8df6ec86bde75c87.jpg

22:26 de.rt.com: **Habecks Gas-Deal mit Katar: Alles nur heiße Luft?**

Wie erfolgreich war Robert Habecks Mission, zukünftig Gas aus Katar zu beziehen? Der Energieminister des kleinen, aber steinreichen Staates im Nahen Osten hatte sich zuletzt wenig vielversprechend geäußert. Ein möglicher Vertrag ab 2025 wird genannt.

Was hat der Besuch von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Katar mit dem Ziel einen neuen Gaslieferanten zu bekommen eigentlich gebracht? Laut eigener [Aussage](#) einiges: "Es wurde fest vereinbart, eine langfristige Energiepartnerschaft, eine Kooperation einzugehen."

Anders hat sich jedoch Katars Energieminister Saad al-Kaabi nach dem Treffen laut t-online [geäußert](#): Er ist weniger optimistisch – besonders mit Blick auf die Abhängigkeit von Russland. Diese zu verringern, könne Jahre dauern, denn es brauche Zeit, um Alternativen zu planen, sagte er der FAZ. Al-Kaabi sehe nicht, dass jemand hier kurzfristig einspringen könne. Auch von einem Vertrag mit der Bundesregierung weiß er nichts. Die Frage, ob es einen solchen gebe, beantwortete der Katari kurz: "Nein." Doch er sehe einen "klaren Willen", ins Geschäft zu kommen. Im Bundeswirtschaftsministerium ist man deutlich positiver gestimmt: "Unseres Wissens nach sind die deutschen Unternehmen in sehr guten und konstruktiven Gesprächen mit der katarischen Seite", sagte eine Sprecherin t-online.

Doch bis Flüssiggas aus dem Nahen Osten tatsächlich nach Deutschland geliefert werden könne, ist es noch ein weiter Weg; Nach al-Kaabis Angaben hat Qatar Energy erst ab 2025 an die Möglichkeit, große Mengen bereitzustellen. Denn: Fast das gesamte katarische Gas sei bis 2026 durch bestehende Lieferverträge an andere Staaten gebunden. Erst ab da wolle Katar seine Produktion von 77 Millionen auf 126 Millionen Tonnen pro Jahr erhöhen.

Deutschlands gesamter Gasbedarf lag allein im Jahr 2020 bei 86,5 Millionen Tonnen. In den vergangenen Jahren kamen über 50 Prozent aus Russland. Im März sind es immerhin noch 38 Prozent, wie die Bundesregierung auf ihrer Webseite bekannt gibt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f84d3b480cc713f35527b.jpg>

1:00 (23:00) novorosinform.org: **Die Säuberung von Mariupol wird innerhalb einer Woche abgeschlossen sein**

Ein Soldat der DVR sprach über die aktuelle Situation in der Stadt.

Ein Soldat einer Aufklärungskompanie der Volksmiliz der DVR (Rufzeichen Lis) äußerte die Meinung, dass eine vollständige Säuberung von Mariupol noch eine Woche dauern könnte, berichtet RIA Novosti.

„Mariupol, wo ukrainische Nationalisten weiterhin Widerstand leisten, wird innerhalb einer Woche eingenommen“, sagte der Soldat.

Es sei darauf hingewiesen, dass der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, heute sagte, dass ukrainische Nationalisten aus den Wohngebieten in das Gelände von „Asowstal“ zurückgedrängt wurden.



https://novorosinform.org/content/images/19/20/41920_720x405.jpg

2:39 (0:39) ria.ru: **Der Ex-Premierminister der Ukraine enthüllte den Plan westlicher Geheimdienste gegen Russischsprachige**

In den letzten Jahren hätten die Kiewer Behörden konsequent den Plan westlicher Geheimdienste umgesetzt, nationalistisch gesinnte Bewohner der Westukraine in die russischsprachigen Regionen des Landes umzusiedeln, erklärte der ehemalige Ministerpräsident der Ukraine, Nikolaj Asarow, in einem Interview mit dem Portal Ukraina.ru.

So hätten Kiew und der Westen versucht, die pro-russische Stimmung im Südosten des Landes

zu schwächen.

„Nach dem Staatsstreich begann die Umsetzung eines speziellen Programms westlicher Geheimdienste zur Umsiedlung von Banderas und Nazis in die östlichen Regionen der Ukraine. Das ist in Charkow noch nie passiert! Wie viele Neonazi-Gruppen sind jetzt in Charkow. <...> Im gesamten Südosten! Odessa! In Odessa gab es noch nie so viele Bandera-Neonazis“, sagte Asarow.

Er bemerkte auch, dass die Platzierung von Kampfstellungen nationalistischer Formationen in Wohngebäuden in Mariupol zeige, dass die Radikalen diese Stadt für etwas Fremdes halten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/18/1779952108_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_0_b77c0735f241c9f70bfa42931ff69d5.jpg

3:30 (2:30) rusvesna.su: „**Biden, achten Sie auf die Rede**“, **Kreml stellt den USA ein Ultimatum**

Michail Rostowski

Biden, schweigen Sie – die ominöse Aussage des russischen Außenministeriums, dass die jüngsten persönlichen Beleidigungen des US-Präsidenten gegen Putin die Beziehungen zwischen den beiden Ländern „am Rande des Abbruchs“ gebracht hätten, wurde von vielen Experten als Auftakt für die Beendigung der diplomatischen Beziehungen gewertet. Das Moskauer Ultimatum hat jedoch meiner Meinung nach einen viel wichtigeren "doppelten Boden".

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die Einstellung der diplomatischen Beziehungen, die Abberufung von Botschaftern „zur Konsultation“ – all diese symbolischen Gesten lassen sich in der aktuellen Situation mit einem Schlag mit einem Bonbonpapier oder einem Stich mit einer Papiernadel vergleichen. Die Erfahrung lehrt uns, dass das, was gewöhnlich unter diplomatischen Beziehungen zu verstehen ist, nicht im Moment ihres formellen Abbruchs endet.

Georgien hat 2008 die diplomatischen Beziehungen zu Russland abgebrochen. In der aktuellen Krise hat sich Tiflis jedoch trotz seiner Neigung zum Westen geweigert, Sanktionen gegen Moskau zu verhängen. Seit 1979 gibt es keine diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und den USA. Dies hindert Washington und Teheran jedoch nicht daran, intensive diplomatische Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, das unter Obama geschlossene, aber unter Trump zerstörte iranische Atomabkommen wieder aufzunehmen.

Kurz gesagt, zum Teufel mit symbolischen Gesten und diplomatischen Formalitäten. Lassen Sie uns über die Essenz des Problems sprechen. Im englischen Polit-Jargon gibt es einen solchen Begriff – Conflict by Proxy („Mediated Conflict“).

Hier ist die wissenschaftliche Definition dessen, was sich hinter diesem Begriff verbirgt: "Ein internationaler Konflikt zwischen zwei Ländern, die versuchen, ihre eigenen Ziele durch militärische Operationen zu erreichen, die auf anderem Territorium stattfinden und die

Ressourcen eines Drittstaates nutzen." Ich bin sicher, Sie verstehen bereits, worauf ich genau hinaus will.

Russlands Militäroperation in der Ukraine ist zu einem großen Teil ein Stellvertreterkonflikt zwischen Moskau und Washington, zwischen der Russischen Föderation und dem kollektiven Westen.

Natürlich darf die Rolle Selenskijs und der gesamten politischen Elite in Kiew keinesfalls auf die Rolle dummer Marionetten reduziert werden, wie es manche Hitzköpfe in unserem Land manchmal tun. Deshalb werde ich mich vorsichtiger und, wie mir scheint, präziser ausdrücken: In der politischen Hierarchie der Moskauer Gegner nimmt die offizielle ukrainische Führung einen untergeordneten Platz ein.

Selenskij kann bei seinen Reden im US-Kongress, im Deutschen Bundestag und in der israelischen Knesset mit Eloquenz ohne Ende glänzen. Aber wenn ihm der kollektive Westen befiehlt: „Wir müssen verhandeln!“, wird er verhandeln.

Ist so etwas nicht in naher Zukunft zu erwarten? Leider scheint das so zu sein.

Vor zehn Tagen war ich vorsichtig optimistisch in Bezug auf einen möglichen baldigen positiven Ausgang der russisch-ukrainischen Gespräche. Optimist im Jahr 2022 zu sein, scheint jedoch eine verlorene Strategie zu sein.

Die Verbindung zwischen dem kollektiven Westen und dem offiziellen Kiew setzt jetzt eindeutig auf eine weitere Eskalation, auf die Erschöpfung des Feindes (also Russlands), auf die „Auflösung von Widersprüchen“ mit Hilfe von Feindseligkeiten. Ende der Geschichte? Können die Kommunikationskanäle zwischen Moskau und Washington wegen ihrer Nutzlosigkeit sicher geschlossen und versiegelt werden?

Nicht so schnell! Es ist äußerst, ich würde sogar sagen, lebenswichtig, wichtig, solche Kanäle funktionsfähig zu halten. Joe Bidens Cybersicherheitsberaterin Anne Neuberger bei einem Briefing im Weißen Haus Anfang dieser Woche: „Der Präsident hat deutlich gemacht, dass wir keinen Konflikt mit Russland suchen. Uns treibt der Wunsch des Präsidenten, Krieg um jeden Preis zu vermeiden und in Diplomatie zu investieren.“ Eine richtige, sehr richtige Frage. Stellvertreterkriege können unter modernen technologischen Bedingungen leicht in große Kriege umschlagen. Und das bedeutet das Ende von allem – oder zumindest der menschlichen Zivilisation in ihrer jetzigen Form.

Aber wo kann man Anzeichen für Joe Bidens Wunsch finden, "in Diplomatie zu investieren", von dem seine Beraterin Ann Neuberger so eloquent sprach? Ich möchte nicht die Rolle des "Mr. Obvious" spielen, aber die persönlichen Beleidigungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten gegen Putin sind definitiv eine Bewegung in die entgegengesetzte Richtung von "investing in diplomacy". Das ist das Töten der Diplomatie, das ist ihre Blockade.

Biden ist die einzige Person, die in Putins Augen als autorisierter Vertreter des kollektiven Westens auftreten kann.

Natürlich, hat das Außenministerium auf die persönlichen Angriffe des amerikanischen Präsidenten bisher mit Reimen im Stil von "wer auch immer Namen nennt, wird selbst so genannt" reagiert. Aber aus den Äußerungen des russischen Außenministeriums geht hervor, dass die Zeit für dieses „Vorher“ abgelaufen ist.

Im vorigen Absatz habe ich zwei verwandte, aber dennoch unterschiedliche politische Phänomene zu einem Haufen zusammengefügt – die Notwendigkeit, einen funktionierenden Verhandlungsmechanismus aufrechtzuerhalten, um militärische Zwischenfälle während eines Stellvertreterkriegs zu verhindern, und die Notwendigkeit, die Möglichkeit groß angelegter politischer Verhandlungen aufrechtzuerhalten zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten für den Fall, dass ein politischer Zermübungskrieg einer oder beider Seiten überdrüssig wird, oder wenn die Lage in der Welt völlig gefährlich wird.

Ich gebe es zu - ich habe es nicht geschafft, mich elegant auszudrücken. Aber ist es prinzipiell möglich, elegant und ohne alles über einen Kamm zu scheren, über eine Situation zu sprechen, die nicht elegant ist und alles über einen Kamm schert?

In der aktuellen Krisenphase habe ich meine persönliche Reserve an „verbaler Eleganz“ definitiv aufgebraucht. Aus diesem Grund drücke ich mich ganz einfach aus: Ich hoffe sehr, dass zumindest dieses Signal aus Moskau das Bewusstsein der Hauptperson in Washington erreicht. Andernfalls droht den russisch-amerikanischen Beziehungen eine „Signalblockade“ oder, in medizinischer Hinsicht, eine Thrombose. Für diejenigen, die es nicht wissen, Thrombose ist tödlich. Wenn es 75 % des Querschnitts der Arterie bedeckt, gibt es Anzeichen von Hypoxie oder Sauerstoffmangel, bei einer Überlappung von 90 % ist der Patient nicht mehr zu retten.

6:10 (5:10) ria.ru: **Duda sagte, Ungarns Politik gegenüber Russland „wird sie teuer zu stehen kommen“**

Der polnische Präsident Andrzej Duda sagte auf TVN24, Ungarns Politik gegenüber Russland „wird sie teuer zu stehen kommen“.

Der Politiker erklärte, dass er die Position von Premierminister Viktor Orban in der aktuellen Situation in der Ukraine nicht verstehe.

„Es ist schwer für mich, das zu verstehen, auch weil diese Politik Ungarn viel Geld kosten wird“, sagte Duda.

Der polnische Staatschef glaubt, dass sich Orban aufgrund der Energieabhängigkeit Budapests von Moskau „in einer schwierigen Lage befindet“. Duda kam zu dem Schluss, dass auch andere europäische Länder damit konfrontiert waren, was sie jedoch nicht daran hinderte, Waffen nach Kiew zu transferieren.

Zuvor sagte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto, dass Budapest trotz der Forderungen von Präsident Wladimir Selenskij keine Waffenlieferungen an die Ukraine über sein Territorium zulassen werde, da dies das Leben und die Sicherheit der Ungarn gefährden würde. Anfang März verabschiedete das Parlament ein Dekret, das die Lieferung von Waffen aus dem Hoheitsgebiet des Landes nach Kiew verbietet.

Ungarn widersetzt sich auch der Ausweitung der antirussischen Sanktionen auf den Energiesektor, unterstützt die Einführung einer Flugverbotszone über der Ukraine nicht und erlaubt keine Waffenlieferungen an Kiew durch sein Hoheitsgebiet. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/152443/68/1524436802_0:166:1993:1287_1280x0_80_0_0_268e6a0304e56486567bc10e6130c67c.jpg

vormittags:

7:34 (6:34) novorosinform.org: **Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine billigte Polens „Ansprüche“ auf Kaliningrad**

Warschaws Ambitionen könnten Russlands Pläne in der Ukraine stören, sagte Alexei Danilow. Diese Meinung teilte er in der Sendung des Fernsehsenders 1+1 mit.

„Ich kann sagen, dass Polen, obwohl nicht auf offizieller Ebene, bereits Ansprüche auf das Kaliningrader Gebiet geltend gemacht hat. Es würde uns definitiv helfen“, sagte Danilow. Erinnern Sie sich daran, dass einer der polnischen Generäle zuvor sagte, dass Warschau die Frage der Zugehörigkeit zum russischen Kaliningrad ansprechen sollte. Als Reaktion darauf wies die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, das polnische Ansinnen scharf zurück.

Die Behörden des Kaliningrader Gebiets selbst empfahlen dem polnischen General, die Geschichte besser zu studieren, um zu verstehen, dass "man nicht zurückgeben kann, was nie zu Polen gehörte".



https://novorosinform.org/content/images/19/22/41922_720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Wladimir Selenskij fordert erneut Kampfflugzeuge und Panzer**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die internationale Gemeinschaft erneut zur Lieferung schwerer Waffen aufgerufen. Sowohl in einer Videokonferenz mit dem polnischen Staatschef Andrzej Duda am Samstag als auch in einer in der Nacht zum Sonntag ausgestrahlten Videobotschaft forderte er Kampfflugzeuge und Panzer für die ukrainischen Streitkräfte.

"Die Ukraine kann russische Raketen nicht mit Schrotflinten und Maschinengewehren abschießen."

Die schwer umkämpfte Hafenstadt Mariupol etwa könne nicht ohne ausreichende Bestände an Panzern, schwerem Gerät und Flugzeugen befreit werden, sagte der ukrainische Staatschef. Polen hatte vor einiger Zeit eine mögliche indirekte Übergabe seiner Kampfflugzeuge des sowjetischen Typs MiG-29 an die ukrainischen Streitkräfte angedeutet. Um die Jets nicht direkt an die Ukraine zu übergeben, sollten die Flugzeuge zuerst an die US-Streitkräfte überstellt werden. Dieser Vorstoß wurde von den USA abgelehnt. Eine solche Maßnahme könnte zu einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und dem russischen Militär führen, hieß es zur Begründung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623feddfb480cc161d0a1075.jpg>

8:08 (7:08) novorosinform.org: **In Kramatorsk haben Neonazis ein Auto beschossen, das Anwohner mit Wasser versorgte**

Das Feuer wurde zum Zeitpunkt der Verteilung von Wasser an die Stadtbewohner eröffnet. Das teilte Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der Russischen Föderation, mit.

„In Kramatorsk wurde ein Auto, das Trinkwasser an Zivilisten der Stadt lieferte, von Nationalisten mit Mörsern beschossen,“, sagte Misinzew.

Drei Menschen seien verletzt worden, zwei weitere erlitten eine Gehirnerschütterung. Die russischen Streitkräfte hatten zuvor in der Umgebung von Kramatorsk alle wichtigen militärischen Einrichtungen zerstört, einschließlich Treibstoffdepots und Hangars mit militärischer Ausrüstung.



https://novorosinform.org/content/images/19/23/41923_720x405.jpg

7:35 de.rt.com: **Elizabeth Truss will Wladimir Putin mit Druck zum Verhandeln bringen**

Die britische Außenministerin Elizabeth "Liz" Truss will mehr Druck auf Russland und Präsident Wladimir Putin ausüben, um das Land im Ukraine-Krieg an den Verhandlungstisch zu bringen. In einem Interview der britischen Sonntagszeitung Sunday Telegraph hat die Ministerin gesagt:

"Wir müssen unsere Sanktionen verstärken. Wir müssen der Ukraine verstärkt Waffen senden."

Putin müsse noch mehr unter Druck gesetzt werden, [erklärte](#) Truss gegenüber der Zeitung.

Einerseits müsse Russland zu Hause wirtschaftlich geschwächt werden, andererseits müssten Länder wie Großbritannien weiterhin tödliche Waffen an die Ukraine liefern.

"Mit der Zeit wird das Putins Aussicht auf Erfolg verringern und sicherstellen, dass er in der Ukraine verliert."

Dann werde es darum gehen, einen Waffenstillstand und einen Abzug der russischen Truppen zu erreichen. Die Sanktionen sollten lediglich bei einem vollständigen Waffenstillstand und bei einem Rückzug aufgehoben werden. Auch müsse es Zusagen geben, dass es keine weitere Aggression geben werde, forderte die britische Außenministerin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623ff26748fbef47d80b6064.jpg>

9:13 (8:13) ria.ru: **Die Warenlieferungen aus Serbien nach Russland gehen weiter**

Die Lieferungen von Waren aus Serbien in die Russische Föderation gehen weiter, trotz der Sanktionen des Westens und aller Schwierigkeiten werden Zahlungen geleistet, sagte Bojan Stanic, stellvertretender Direktor der Wirtschafts- (Industrie- und Handels-) Kammer Serbiens, gegenüber RIA Novosti.

„Trotz der bestehenden Schwierigkeiten funktionieren die Lieferung von Produkten nach Russland und der Transfer von Zahlungsmitteln. Viele Unternehmen mit überwiegendem EU-Kapital haben die Exporte nach Russland reduziert oder vorübergehend eingestellt, aber bisher gibt es keine Signale, dass sich irgendein Unternehmen dazu entschlossen hätte zu deinvestieren, das heißt Kapital aus Serbien abziehen“, sagte der stellvertretende Direktor der Industrie- und Handelskammer Serbiens der Agentur.

Nach Angaben der Wirtschaftskammer Serbiens waren die Gesamtexporte in die Russische Föderation im Jahr 2021 mit 840,3 Millionen Euro um 5 % höher als im Jahr 2020, als sie sich auf 800,2 Millionen beliefen. Unabhängig davon beliefen sich die Exporte in die Russische Föderation im Januar 2022 auf 71 Millionen Euro, was aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie 22 % mehr ist als im Januar 2021.

Die Hauptproduktgruppe sind frische und getrocknete Früchte, hauptsächlich Äpfel und Erdbeeren. Von den Produkten anderer Industrien sind Autoreifen, Medikamente, Textilprodukte, insbesondere Socken, Pappe und Verpackungspapier versorgungstechnisch bedeutend.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0a/0b/1753949809_0:0:3111:1750_1280x0_80_0_0_bf10d68abcdb0e36fd689436da7c1290.jpg

wpered.su: **Abgeordnete der KPRF-Fraktion besuchten Mariupol**

Der zweite Tag der humanitären Reise der Abgeordneten der KPRF in der Staatsduma Kasbek Tajsajew, Alexandr Juschtschenko, Alexej Kurinnyj und des Senators Ajrat Gibatdinow war nicht weniger inhaltsreich als der erste. Die Teilnehmer der Delegation begannen ihren Morgen mit der Niederlegung von Blumen an dem Ort, wo vor kurzem Menschen durch den Abschuss einer „Totschka-U“-Rakete starben, die auf das Gebäude der Regierung gerichtet war und dann über Donezk abgeschossen wurde, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Danach fuhren Kasbek Tajsajew, Jana Lantratowa (Abgeordnete der Fraktion „Gerechtes Russland“) und Alexandr Juschtschenko in Richtung Mariupol, um mit eigenen Augen zu sehen, wie der Punkt für die provisorische Aufnahme (im folgenden PPA) in der Ortschaft Wolodarskoje funktioniert, in den die Flüchtlinge aus Mariupol, die oft von den Kämpfern von „Asow“ (in Russland verboten) als lebendes Schild genutzt werden, kommen.

„Die PPA arbeiten folgendermaßen: die aus Mariupol eintreffenden Menschen werden registriert, durchlaufen eine Kontrolle und werden in verschiedene sichere Gebiet, unter anderem auch in die Oblast Rostow geschickt“, berichtete Alexandr Juschtschenko über die Regeln für die Evakuierung von Bürgern der DVR aus der Konfliktzone auf sicheres Gebiet. Der PPA wurde in einer Schule der Ortschaft eingerichtet, vor der ein Bus mit einem Schild „Kinder“ steht. Im Hof mit einem schönen Kinderspielplatz ist eine Feldküche in Betrieb. In der Schule gibt es eine Kantine, wo man auch essen kann. Viele werden provisorisch direkt in den Klassenräumen untergebracht. Im Korridor ist eine Informationstafel, an der die Menschen Zettel aufhängen in der Hoffnung verloren gegangene Verwandte zu finden. Es ist so, dass es dort weder Mobilfunk noch Telefone gibt, in der Stadt verliert man die Verbindung zu Kindern und Verwandte. Diese Informationstafel ermöglicht es, auf sich hinzuweisen. Es gab Fälle, wo Kleinkinder ohne Dokumente gebracht wurden, man nicht wusste, woher sie kommen, wie sie heißen, es gibt keinerlei Informationen“, teile Alexandr Juschtschenko mit. Nach den Worten der Abgeordneten wird hier jeder Bedürftige mit allem Notwendigen versorgt, einschließlich ärztlicher Hilfe, danach werden die Menschen nach Russland evakuiert. Jeden Tag gehen etwa 1700 Menschen durch den Punkt.

Danach fuhren die Parlamentarier bis Mariupol, in ein Zentrum zur Verteilung humanitärer Hilfe, wohin Menschen kommen, um verschiedene Arten von Unterstützung zu erhalten, beispielsweise Medizinische oder sogar einfach nur ihr Telefon aufladen.

„Für uns war es sehr wichtig, uns mit Flüchtlingen zu unterhalten, ihre lebendigen Geschichten zu hören. Unter denen, die ihr Haus verlassen haben, gibt es viele Kinder, die aufgrund ihres Alters noch nicht den ganzen Schrecken der Situation begreifen und das Geschehen mit Spielzeugpistolen in den Händen aufnehmen. Aber ihre Mütter erzählen mit

Tränen in den Augen über die Ausschreitungen der bewaffneten Formationen der Ukraine, die beim Abzug erbarmungslos ihre Häuser beschießen, ja alles was da ist, buchstäbliche die ganze Infrastruktur der Stadt – einige Gebäude können schon gar nicht mehr wiederaufgebaut werden. Aber das tragischste ist, eine Geschichte vom Verlust eines Verwandten zu hören. Hier sind sehr viele Menschen und jeder hat seine Geschichte“, sagte Alexandr Juschtschenko.

Mobilfunkverbindungen gibt es in der Stadt praktisch nicht, überall liegen die Überreste aus zerstörten Häusern. Die unversehrten Gebäude sind von dunklem Rauch umgeben. Die Menschen haben ihre Häuser, Familien, Haustiere verloren. Unter diesen harten Bedingungen brauchen die Einwohner der Volksrepubliken dringend allseitige Unterstützung – von Waren des dringendsten Bedarfs bis zu psychologischer Hilfe. Deshalb beginnt bei der Befreiung von Ortschaften der interministerielle operative Stab zur Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen zu arbeiten, wo die Menschen auch Hilfe erhalten können. Nach den Worten der Parlamentarier ist die vordringlichste Aufgabe dieses Stabs die Befriedigung der Grundbedürfnisse: Essen, medizinische Behandlung, dass die Ambulatorien in Betrieb genommen werden und mit allem ausgestattet sind.

„Die Nazis in Mariupol verschonen niemanden, für die friedliche Bevölkerung ist es äußerst schwer: die Menschen haben sich vor Bombardierungen und Beschuss im Keller versteckt. Wir konnten mit Flüchtlingen sprechen, wir konnten selbst sehen, wie sie leben. Jetzt möchten die Menschen zu einem normal Leben zurückkehren, die Menschen warten auf die Wiedervereinigung mit Verwandten und eine Feuereinstellung“, berichtete Kasbek Tajsajew. Er äußerte auch die Hoffnung, dass die Einwohner der Volksrepubliken so schnell wie möglich zu einem normalen Leben zurückkehren können: „Es ist wichtig, alle Kräfte einzusetzen, um den Bürgern zu helfen: in den Punkten zur provisorischen Aufnahme sind viele Frauen und Kinder, alte Menschen. Die Hauptsache ist, dass in diese Gebiete so schnell wie möglich Ruhe zurückkehrt und die Menschen zur gewöhnlichen ruhigen Leben zurückkehren können.“



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/03/Mariupol.jpg>

9:04 de.rt.com: **Moldawische Polizei macht illegale Kanäle zur Verfrachtung von Ukrainern im wehrpflichtigen Alter ins Ausland dicht**

Die moldawische Grenzpolizei hat nach eigenen Angaben mehrere Schleuser festgenommen, die ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter illegal über die ukrainisch-moldawische Grenze verfrachtet haben sollen. In der Mitteilung hieß es, dass unter den Verdächtigen sowohl ukrainische als auch moldawische Bürger seien. Menschen, die illegal nach Moldawien eingereist seien, hätten inzwischen ihren Aufenthalt im Land legalisiert. Eine vierköpfige Schleuserbande wurde zuletzt am 26. März ausgehoben. Die Polizei

beschlagnahmte zwei Autos und einen Kleinbus. Die aus der Ukraine nach Moldawien eingeschleusten Männer sollen den Bandenmitgliedern zwischen 1.700 und 5.500 US-Dollar pro Person gezahlt haben.

Inzwischen schloss sich zur Vereitelung solcher organisierten Grenzübertritte der moldawische Sicherheitsdienst ein. Demnach könnten auch moldawische Beamte und Sicherheitskräfte bei Einschleusungen mitwirken. Die Schleuser würden für ihre Hilfe bis zu 10.000 US-Dollar pro Person fordern.

Nach Angaben des Innenministeriums sollen seit dem 24. Februar mehr als 379.000 Flüchtlinge aus der Ukraine in die ehemalige Sowjetrepublik eingereist sein. Es gibt Dutzende Aufnahmestellen, wo Menschen auf der Flucht untergebracht und gepflegt werden. Die meisten Geflüchteten reisen dann weiter nach Rumänien und in andere EU-Staaten. In Moldawien halten sich momentan mehr als 95.000 Flüchtlinge, darunter etwa 48.000 Kinder, auf.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624007af48fbef265c799e0a.jpg>

9:24 de.rt.com: **Wegen Streits um Haltung zum Ukraine-Krieg: Die Linke will Ältestenrat absetzen**

Besonders in der Linken geht es heiß her um die Einordnung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Nun ist die Situation eskaliert: Der Parteivorstand will nach umstrittenen Aussagen des Ältestenrates das Gremium um Hans Modrow neu besetzen.

Wirbel um den Ältestenrat der Partei Die Linke. Nach Äußerungen in einem internen Schreiben aus dem Ältestenrat der Linkspartei, ob es sich bei dem Krieg in der Ukraine um einen "Bürgerkrieg" handelt, hat der Parteivorstand am Samstag mitgeteilt, das Gremium rasch neu besetzen zu wollen.

Laut der Welt, die den Beschluss [vorliegen](#) hat, wird der Inhalt des betreffenden Textes scharf kritisiert. Es heißt dort:

"Diese Ausführungen sind inakzeptabel und stehen in Widerspruch zur gemeinsamen Position von Bundespartei und Bundestagsfraktion. [...] Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen."

[Das Papier](#) war am Donnerstag von mehreren Hauptstadtjournalisten auf Twitter geteilt und negativ kommentiert worden. Dabei handelte es sich jedoch um eine nicht-finale Version eines internen Berichts des Ältestenrats. Besonders folgender Satz sorgte in den Mainstreammedien für Kritik:

"Die Frage, wie weit der Krieg in der Ukraine nun ein Einmarsch russischer Truppen ist oder sich als ein innerer Bürgerkrieg der Kräfte in den neuen Ost-Staaten und faschistischen Elementen im Westen der Ukraine darstellt, steht im Raum."

Am Sonnabend äußerte sich der Parteivorstand nach Welt-Angaben einstimmig:

"Der Bericht des Ältestenrates und die Erläuterungen von Mitgliedern des Ältestenrates zeigen, dass Arbeitsweise und -form dysfunktional sind."

In der Konsequenz will man nach einem Gespräch nun Ende April die "Struktur und zukünftige Arbeitsweise des Ältestenrates im Parteivorstand beraten und beschließen". Momentan besteht der Ältestenrat aus 18 Personen. Davon hatten sich drei von ihnen nach Bekanntwerden der umstrittenen Zeilen von den Ausführungen distanziert: Man habe das Papier so nicht beschlossen und wolle den russischen Angriffskrieg nicht relativieren. Vorsitzender des Gremiums ist der ehemalige DDR-Regierungschef Hans Modrow. In der Vergangenheit hatte er den Kurs der beiden Parteichefinnen Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler immer wieder deutlich kritisiert. Mit 94 Jahren wird er sicher nicht mehr für das Amt zur Verfügung stehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623f83dd48fbef47d80b605e.jpg>

10:25 (9:25) novorosinform.org: **Der ukrainische Ex-Minister Omeljan hat zum Völkermord an den Russen aufgerufen**

Alle "Moskowiter" seien von Geburt an bösartig, das heißt, sie müssten ausgerottet werden, versichert der ukrainische Politiker.

Eine Art Staffellauf der Aufrufe zur Vernichtung der Russen wurde vom ehemaligen Infrastrukturminister der Ukraine, Wladimir Omeljan, aufgegriffen.

In der Sendung des Lwower Fernsehsenders NTA sagte er:

"Ein guter Russe oder einfach Moskowiter ist ein toter Moskowiter. Aber sie sind von Geburt an schlecht, und man sollte überhaupt nicht über sie sprechen."

Erinnern Sie sich daran, dass der Kommandeur des mobilen Krankenhauses, Gennadi Drusenko, kürzlich live im ukrainischen Fernsehsender 24 sagte, er habe die Kastration verwundeter Gefangener angeordnet. Einige Zeit später widerrief er seine angeblich unter dem Einfluss von Selenskij stehenden Worte.

Wenig später forderte der Berater von Selenskij's Büroleiter Alexij Arestowitsch, solche Äußerungen zu unterlassen, da sie das Image der Ukraine verderben.



https://novorosinform.org/content/images/19/26/41926_720x405.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 27.3.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 412 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **22 Zivilisten verletzt**. 22 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 49 ukrainische Nationalisten, 9 Feuerstellungen, einen Panzer, zwei Schützenpanzerwagen und einen Schützenpanzer vernichtet. Ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, zwei Schützenpanzer, ein Panzer und zwei Lastwagen wurden erbeutet.

8 Soldaten der 54. mechanisierten und 9 Soldaten der 25. Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich empfehle allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

10:35 (9:35) ria.ru: Das türkische Verteidigungsministerium sprach über die Lage im Schwarzen Meer

Im Schwarzen Meer gebe es keine Notsituation, Minensuchschiffe seien im Einsatz, sagte der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar.

Zuvor schrieb die türkische Zeitung Star, dass die Bewegung eines minenähnlichen Objekts am Eingang zum Bosphorus beobachtet werde. Später bestätigte das türkische Verteidigungsministerium, dass es sich bei dem gefundenen Objekt um eine Mine handelte, und kündigte Verhandlungen mit Moskau und Kiew zu diesem Thema an. Die Meerenge wurde für die Schifffahrt gesperrt, später wurde die Schifffahrt wieder aufgenommen.

„Im Schwarzen Meer gibt es keinen Notfall. Unsere Schiffe sind im Einsatz, um nach Minen

zu suchen“, sagte Akar gegenüber Reportern.

Der russische FSB erklärte zuvor, dass das ukrainische Militär nach Beginn der russischen Spezialoperation etwa 420 Minen an den Zufahrten zu den Häfen von Odessa, Ochakov, Chernomorsk und Yuzhny installiert habe. Der Dienst schloss nicht aus, dass aufgrund der Strömung losgerissene Minen in den Bosphorus und weiter in die Meere des Mittelmeerbeckens getrieben werden könnten. Die türkische Marine hatte nach dem russischen FSB-Bericht Schiffe gebeten, Treibminen zu verfolgen, berichtete die Zeitung Hürriyet zuvor. Der türkische Präsident Tayyip Erdogan sagte seinerseits, dass das Verteidigungsministerium des Landes im Zusammenhang mit Informationen über treibende Minen im Schwarzen Meer die notwendigen Maßnahmen ergreife.



https://cdn21.img.ria.ru/images/153382/33/1533823308_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_4598e5a3473887af1311e1473f07b6d6.jpg

9:45 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium bestätigt Angriff auf Raketen-Reparaturwerk in Lwow**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat auf seinem Morgenbriefing am Sonntag die Zerstörung eines größeren Treibstofflagers bei der westukrainischen Stadt Lwow bestätigt. Das Objekt, das ukrainische Truppen im Westen des Landes und in der Nähe von Kiew mit Brennstoff beliefert habe, sei am 26. März mit Präzisionswaffen angegriffen worden.

Bei einem weiteren Angriff mit hochpräzisen Marschflugkörpern seien Hallen eines Reparaturwerks in Lwow zerstört worden. Konaschenkow begründete die Attacke damit, dass man im Werk Flugabwehrraketensysteme des Typs Tor und S-125, Radaranlagen, Mittel der elektronischen Kampfführung und Panzervisiere repariert und modernisiert habe.

In der Ortschaft Plessezkoje, rund 30 Kilometer von Kiew entfernt, sei ein Lager mit Raketen für Flugabwehrraketensysteme des Typs S-300 und Buk zerstört worden. Insgesamt habe die russische Luftwaffe in den vergangenen 24 Stunden 67 Militärobjecte in der Ukraine getroffen. In der vergangenen Nacht habe die russische Flugabwehr 18 ukrainische Drohnen abgeschossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6240128048fbef26da1ee59d.jpg>

10:38 de.rt.com: **Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung fordert Visa-Lockerungen für oppositionelle Russen**

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg, hat Visa-Lockerungen für russische Menschenrechtler gefordert, um ihnen den Weg ins Exil nach Deutschland zu erleichtern. Die Grünen-Politikerin sagte der Welt am Sonntag:

"Innerhalb Russlands wird die Repression gegen Andersdenkende, insbesondere als Reaktion auf den Krieg, immer schärfer. Gegenüber diesen mutigen Menschen stehen wir in der Pflicht zu helfen, denn auch sie verteidigen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Europa."

Sie wünsche sich ein "gesondertes Profiltraster für humanitäre Visa", analog zu dem, was es bereits für belarussische Menschenrechtsverteidiger gebe. Die Bundesregierung hatte im vergangenen Jahr nach den Protesten in Belarus beschlossen, politisch Verfolgten von dort in Einzelfällen eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen.

Der Zeitung zufolge sind mehrere russische Oppositionelle und Intellektuelle seit Beginn des Ukraine-Kriegs nach Deutschland geflohen oder wollen dorthin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62400d01b480cc65331d570e.jpg>

12:05 (11:05) ria.ru: **Vucic kommentierte Bidens Aussage zu Putin**

Die harschen Äußerungen von US-Präsident Joseph Biden gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sprächen für die Fortsetzung und Entwicklung des geopolitischen Konflikts, sagte der serbische Präsident Aleksandar Vucic.

„Für mich waren sowohl die erste als auch die zweite Aussage von Biden gestern wichtig. Alles andere, was wir über den Machtwechsel in verschiedenen Ländern gesehen haben ...

das ist ihr Sport. Dies ist nicht das erste Mal, dass wir das hören“, sagte der serbische Staatschef weiter in TV Prva.

Vucic kenne Biden als sehr vorsichtigen Menschen, der sehr gut auf öffentliche Reden vorbereitet sei.

"Beim ersten Gespräch mit ihm und später beim persönlichen Treffen wurde mir klar, dass er ein Team hat, das ihn zielgerichtet vorbereitet. Wenn er etwas sagte, sagte er es aus einem bestimmten Grund ... Bidens Erklärung gestern war wichtiger als alle anderen, weil wir uns auf einen langen Kampf und Krieg vorbereiten müssen, und das hat mich beunruhigt", sagte der serbische Präsident.

Er stellte fest, dass die Verschärfung der Situation in Berg-Karabach in diesem Zusammenhang die Berechtigung der Besorgnis bestätige.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/06/13/1573164861_0:39:3071:1766_1280x0_80_0_0_6d01018f466a37057b99b577122a4591.jpg

11:09 de.rt.com: **Chef der Volksrepublik Lugansk kündigt Referendum über Beitritt zu Russland an**

Der Chef der Volksrepublik Lugansk, Leonid Passetschnik, hat bei einem Treffen mit ausländischen Journalisten am Sonntag ein Referendum über einen Beitritt zu Russland angekündigt.

"Ich glaube, demnächst wird auf dem Territorium der Republik ein Referendum stattfinden, bei dem das Volk sein absolutes Verfassungsrecht umsetzen und seine Meinung über einen Beitritt zur Russischen Föderation bekunden wird."

Am Abend des 21. Februar hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Volksrepubliken Lugansk und Donezk als unabhängige Staaten anerkannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6240296e48fbef47d80b6072.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 27.03.2022

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz hat der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Militärtechnik erlitten:

- 40 Mann;
- 2 Panzer;
- 2 Schützenpanzer;
- 3 Fahrzeuge.

Trotz der Niederlage an der Front setzt der Gegner den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Gebiet von **Rowenki beschossen**. Infolge des Beschusses wurden zwei Wohnhäuser in der Uliza Rabotschej 92 und der Uliza Artjoma 45 beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen das Feuer ausging, operativ entdeckt und vernichtet**.

Die Volksmiliz leistet weiter den Einwohnern der befreiten Territorien der Republik Hilfe. Die Volksmiliz der LVR setzt die Evakuierung der Zivilbevölkerung von Rubeshnoje fort.

11:30 de.rt.com: China: Russland ist wichtigster Partner Pekings im Kampf gegen US-Hegemonie

Die USA würden gerne Zwietracht zwischen Russland und China säen. In einem Meinungsbeitrag erklärt ein einflussreicher chinesischer Journalist, warum es aus Pekings Perspektive schon aus machtpolitischen Kalkulationen kein kluger Schritt sei, sich von Russland zu trennen.

Der ehemalige Chefredakteur der chinesischen parteinahen Zeitung Global Times, Hu Xijin, hat in einem Meinungsbeitrag Russland als für China "entscheidendes Land" beschrieben, um die USA abschrecken zu können. Er verweist darauf, dass einige westliche Journalisten in China Behauptungen im chinesischen Netz zitieren, denen zufolge China den Westen in der Verurteilung Russlands folgen und sogar Sanktionen gegen das Land verhängen sollte. Solche Stimmen seien in China jedoch selten. Sie hätten "überhaupt keinen Einfluss" auf den Mainstream der chinesischen Gesellschaft oder gar die Entscheidungsträger in der Regierung. "Peking wird eine ausgewogene Haltung einnehmen und die umfassende strategische Partnerschaft zwischen China und Russland mit Entschlossenheit aufrechterhalten. Das

gleiche Gleichgewicht hat China auch bei seiner Weigerung, Krieg zu unterstützen, gewahrt." Russland sei als "unersetzlicher" Partner für China strategisch wichtig. Dieses Urteil stelle einen "Konsens" der chinesischen Mainstream-Gesellschaft dar. Das chinesische Volk glaube, dass eine starke Beziehung zwischen China und Russland tragfähig sei und die Bemühungen Pekings, die Freundschaft zwischen beiden Staaten weiter anzufachen, effektiv sein werden. Dagegen sei es für China schwer, die Feindschaft der USA gegenüber China abzumildern. Möglicherweise würden die chinesischen Bemühungen in diese Richtung keine Früchte tragen.

Die Bedeutung der Beziehungen zwischen den beiden Großmächten spiegle sich in verschiedenen Bereichen wieder, von denen die diplomatische Sphäre die deutlichste sei. Russland habe China in unterschiedlichen Kontroversen unterstützt, so etwa bezüglich Taiwans, Hongkongs und Xinjiangs. Zudem haben beide Staaten laut dem chinesischen Spitzenjournalisten ein "strategisches Muster der gegenseitigen Unterstützung" gebildet. Die USA würden heutzutage China und nicht Russland als größten Rivalen ansehen. Russland habe jedoch "sich einer Herausforderung gestellt", und daher würde Washington Druck auf Moskau ausüben. Hu erinnert in seinem Text daran, dass während der Präsidentschaft Donald Trumps Washington darum bemüht war, die Beziehungen mit Russland wieder zu verbessern. Das chinesische Volk glaube daran, dass die USA langfristig ihr Schwert gegen China richten werden. Viele würden auch glauben, dass Washington Moskau zwingen könnte, sich gegen China mit den USA zu verbünden.

"Seit der Trump-Regierung steht China unter großem strategischem Druck seitens der USA. Die Chinesen hatten nicht damit gerechnet, dass Russland, das durch die NATO-Osterweiterung in eine strategische Ecke gedrängt wurde, beschloss, seine Wut nicht länger zurückzuhalten und die europäische Geopolitik komplett umzuwerfen. Dieser Schritt nahm unerwartet einen großen Teil des strategischen Drucks der USA auf China weg."

Der chinesische Journalist glaubt daran, dass die Konfrontation zwischen Russland und den USA für eine Zeit sehr intensiv sein wird. Als der Handelskrieg zwischen China und den USA tobte, habe China die Hauptlast in der Auseinandersetzung mit den USA getragen. Jetzt sei Russland an der Reihe.

"Jetzt ist es an der Zeit, dass China seine Kräfte sammeln kann. Im Moment tragen China und Russland abwechselnd die Hauptlast beim Widerstand gegen die US-Hegemonie. Dies ist eine völlig andere geopolitische Situation als die, in der China den USA allein gegenüberstand." Die umfassende strategische Partnerschaft zwischen China und Russland sei eine besondere. China sei auf mögliche Sanktionen der USA gut vorbereitet:

"Die Beziehungen (zwischen Peking und Russland) haben keine Grenzen, was die USA abschreckt. Wenn die USA mit Russland als Partner ein Höchstmaß an strategischem Zwang gegen China ausüben, wird China keine Angst vor der Energieblockade der USA haben, und unsere Lebensmittelversorgung wird gesichert sein. Das Gleiche gilt für andere Rohstoffe." Sollte ein Krieg um Taiwan oder im Südchinesischen Meer ausbrechen, werde es Washington schwer fallen, China mit seinen Nuklearwaffen zu bedrohen, da Chinas konventionelle Militärfähigkeiten stetig anwachsen würden und in der Lage seien, die Kräfte der USA zu bezwingen, unabhängig davon, wie sich Russland in einem solchen Konflikt verhält. Zudem müssten sich die USA darüber Sorgen machen, dass Russland sie im Bereich der Atomwaffen überholen könnte.

"Die Stärken Chinas und Russlands ergänzen sich im strategischen Bereich, und ihre Zusammenarbeit wird ein endloses geopolitisches Potenzial mit sich bringen. Ihre strategischen Beziehungen haben eine gewisse eindämmende Wirkung gegenüber Japan und eine gewisse Zugkraft gegenüber Indien. Ihre gemeinsame Macht ist in der Lage, Zentralasien stabil zu halten und sich dem Einfluss der USA zu entziehen."

Sowohl für Russland als auch für China sei es gefährlich, sich durch die USA entzweien zu lassen. Daher sei die Idee, die Beziehungen zu den USA auf Kosten zu jenen zu Russland

wiederherzustellen, in China sehr unbeliebt. Viele Chinesen würden glauben, dass die USA an einer kompletten Demontage Chinas interessiert seien, einschließlich der geografischen Zerstückelung des Landes.

Diese Gedanken würden Hu zufolge den Minimalkonsens der chinesischen Gesellschaft darstellen.

"In der diplomatischen Praxis wird China sein Bestes tun, um Konflikte mit den USA zu vermeiden. Eine freundschaftliche Zusammenarbeit oder zumindest eine friedliche Koexistenz zwischen China und den USA ist das gemeinsame Bestreben des chinesischen Volkes. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass die friedliche Koexistenz zwischen China und den USA nicht durch Bitten erreicht werden kann."

China müsse ständig seine eigene Stärke fördern, um die USA fühlen zu lassen, dass die Kosten für einen Konflikt mit China sehr hoch sein würden. Nur so könne man Washington überzeugen, dass eine friedliche Koexistenz mit China die beste Option für die USA sei. Um dieses Ziel zu erreichen, sei Russland Pekings wichtigster Partner.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623dc305b480cc074f06a711.jpg>

12:41 (11:41) ria.ru: **Russische Argumente müssen gehört werden, sagte Erdogans Berater**

Russische Argumente zu Sicherheitsfragen müssten gehört werden, sagte Ibrahim Kalyn, Sprecher und Chefberater des türkischen Präsidenten, am Sonntag auf dem internationalen Doha-Forum.

„Natürlich ist es notwendig, die Ukrainer zu unterstützen, damit sie sich verteidigen können, aber wir müssen die Notwendigkeit im Auge behalten, den Dialog mit Russland aufrechtzuerhalten. Russische Argumente müssen gehört werden. Wenn alle alle Brücken zu Russland zerstören, wie kann dann ein Dialog hergestellt werden?“, sagte Kalyn.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/02/12/1564941518_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_2b470efa844f622d4252ff95f623d266.jpg

nachmittags:

12:36 de.rt.com: **US-Außenminister Antony Blinken: USA streben keinen Machtwechsel in Russland an**

US-Außenminister Antony Blinken hat am Sonntag betont, die US-Regierung strebe keinen Machtwechsel in Russland an. Bei einer Pressekonferenz mit seinem israelischen Amtskollegen Jair Lapid sagte Blinken in Jerusalem, es gehe vielmehr darum, dass Kremlchef Wladimir Putin nicht dazu ermächtigt werden könne, "Krieg gegen die Ukraine oder jedes andere Land zu führen". Der US-Diplomat bekräftigte:

"Wir verfolgen keine Strategie eines Regimewechsels in Russland oder irgendwo anders."

US-Präsident Joe Biden hatte am Samstag wegen des Ukraine-Kriegs die Herrschaft seines russischen Amtskollegen offen in Frage gestellt. In einer Rede in Polen sagte er:

"Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben."

Der Kreml reagierte empört. Das Weiße Haus versuchte später klarzustellen, dass Biden nicht direkt zum Sturz Putins aufgerufen habe. Stattdessen habe der US-Präsident gemeint, Putin dürfe keine Macht über seine Nachbarn oder die Region ausüben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62403d6eb480cc648e51c929.jpg>

13:14 de.rt.com: **Russische Aufsichtsbehörde sperrt BILD-Website in Russland**

Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich der Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskomnadsor) hat in Russland die Website der Zeitung BILD gesperrt. Beim Aufrufen von www.bild.de taucht die Warnung auf, wonach die Ressource

Informationen enthalte, deren Verbreitung in der Russischen Föderation verboten sei, und deswegen blockiert werde.

Die Zeitung hat in einem [Tweet](#) mitgeteilt, dass ihre Inhalte in Russland weiterhin über zwei Telegram-Kanäle (auf Deutsch und auf Russisch) zugänglich seien.

Die Aufsichtsbehörde für Massenmedien, Telekommunikation und Datenschutz hat zuvor viele Medien gesperrt, darunter auch russische. Nach Ansicht der russischen Behörden sollen sie unzuverlässige Informationen über die Situation in der Ukraine und die Handlungen der russischen Streitkräfte dort veröffentlicht haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6240469d48fbef47d80b608d.jpg>

14:57 (13:57) ria.ru: **Roskosmos beabsichtigt, die Zahl der russischen Satelliten im Orbit zu verdoppeln**

Roskosmos habe es sich zur Aufgabe gemacht, die Zahl der russischen Satelliten im Orbit zu verdoppeln, was unter anderem dazu beitragen werde, die Unternehmen der Branche auszulasten, sagte Dmitri Rogosin, Generaldirektor von Roskosmos, gegenüber Reportern.

„Wir sehen jetzt, dass unsere Hauptaufgabe tatsächlich darin besteht, die Orbitalgruppe zu verdoppeln“, sagte er bei einer Veranstaltung zum Gedenken an Juri Gagarin im Zusammenhang mit seinem 54. Todestag.

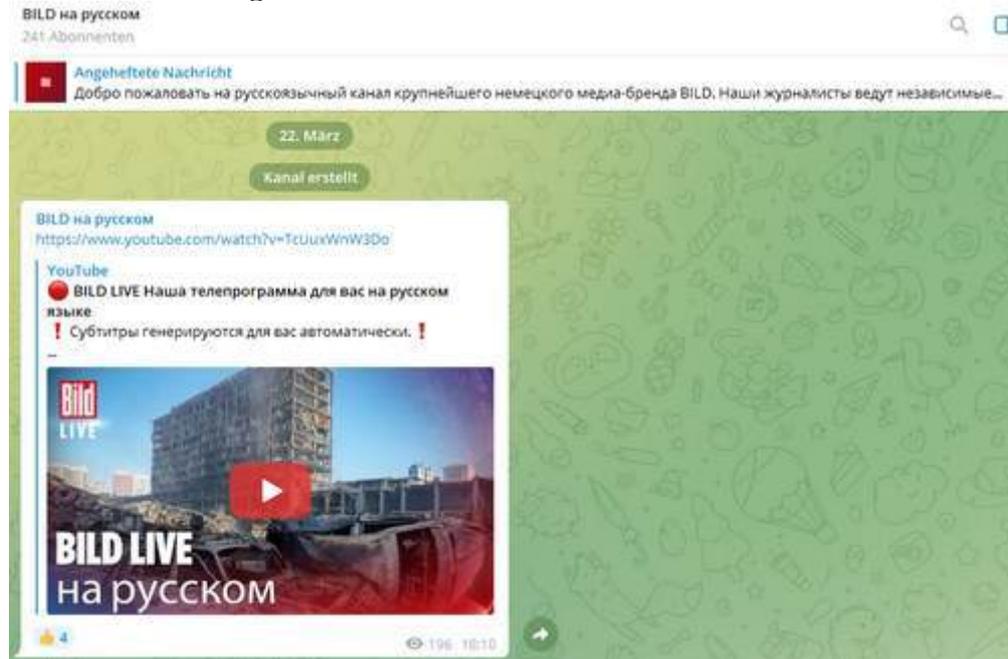
Ihm zufolge werden mehr Raketen benötigt, um eine große Anzahl von Geräten in die Umlaufbahn zu bringen, was es ermöglichen würde, Unternehmen auszulasten, die Motoren, Steuerungssysteme und andere Komponenten der Raketen- und Weltraumtechnologie herstellen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/156352/83/1563528338_0:0:1281:720_600x0_80_0_0_aa9a1ef039f0fa16d581878d28835c30.jpg

14:00 de.rt.com: **BILD versucht sich in russischsprachiger Propaganda – 241 Abonnenten**

Die BILD versucht sich mit einem russischsprachigen Angebot auf Telegram, an das russischsprachige Segment zu wenden. Der Telegramkanal "BILD auf Russisch" startete am 22. März und besteht im Wesentlichen aus der Übersetzung der russophoben Artikel des Boulevardblatts. Der Erfolg ist nach fast einer Woche eher bescheiden – 241 Abonnenten interessieren sich bislang für die Propaganda aus dem Hause Springer. Die Zahl der Reaktionen auf die einzelnen Postings schwankt zwischen zwei und neun, wobei auch zahlreiche negative Reaktionen zu verzeichnen sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62404636b480cc64b31bbb8c.PNG>

15:15 de.rt.com: **Großbritannien stoppt Finanzierung von Forschungsprojekten und Zusammenarbeit mit Hochschulen in Russland**

Angeichts des andauernden Ukraine-Krieges hat Großbritannien beschlossen, die Finanzierung von Forschungsprojekten in Russland zu stoppen. Darüber hinaus kündigte das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Innovation in London an, die Zusammenarbeit mit Universitäten und Unternehmen auf Eis zu legen, die "für den russischen Staat strategisch wichtig" seien. Die Maßnahme betreffe Projekte, die aus dem britischen Haushalt finanziert würden. Außerdem werde der zwischenstaatliche Dialog im Bereich Forschung und Innovation ausgesetzt.

Gleichzeitig betonte das Ministerium in seiner Mitteilung, dass London keine Sanktionen gegen russische Wissenschaftler verhängen werde. Darüber hinaus wurde ein Hilfspaket in Höhe von drei Millionen Pfund für ukrainische Forscher in Aussicht gestellt.

15:18 de.rt.com: **Was nun, Elon Musk? Russland stellt Traktor mit Elektroantrieb vor**

Ein Werk in Tscheboksary hat am Sonnabend den ersten russischen Traktor mit Elektroantrieb in Serienreife präsentiert. Den ersten? Nun, erste Experimente mit Elektrotraktoren hat es in der Sowjetunion schon in den Zwanziger und Vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts gegeben. Da war Elon Musk noch gar nicht geboren.

In Russland wurde ein serienreifes Modell eines elektrischen Traktors vorgestellt. Das Wunderwerk der Technik basiert auf dem Serienmodell des "KM Universal" Traktors, der vom Werk für Kraftaggregatoren in Tscheboksary produziert wird. Das Design des

Elektrotraktors nimmt Anleihen bei dem legendären "Bettler" – dem T-16 Traktor, der von der Charkower Traktorenfabrik zwischen 1961 und 1967 hergestellt wurde. Der neue Traktor unterscheidet sich jedoch von dem Klassiker dadurch, dass sich die Ladefläche nun an der Vorderseite der Traktorenkabine befindet.

Der neu entwickelte Elektrotraktor wurde am Sonnabend vom Kalugaer Unternehmen Activ Techno und der in Skolkowo bei Moskau ansässigen Firma A priori Lösungen für Maschinen vorgestellt. Der Elektromotor und die Batterien ermöglichen den Verzicht auf den Zweitakt-Dieselmotor und das hydrostatische Getriebe. Die elektrische Energie treibt nicht nur das Fahrgestell des Traktors an, sondern auch alle angehängten landwirtschaftlichen Anbaugeräte. Die intelligente Steuerung ermöglicht es dem Elektrotraktor, bis zu 90 Prozent der Maschinenleistung auf das Getriebe und das Anbaugerät zu übertragen, während es bei Traktoren mit Verbrennungsmotor maximal 65 Prozent sind.

Bei Tests mit dem elektrischen Traktor erreichte der Prototyp eine Geschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde. Der Elektroschlepper kann auf seiner Ladefläche mehr als eine Tonne Ladung transportieren.

Der Elektrotraktor ist nicht nur eine Hommage an den Umweltschutztrend. In erster Linie, so Grigori Bolotin, Aktionär des Werkes in Tscheboksary, wird der Elektrotraktor die Bedürfnisse einer Reihe von Kunden erfüllen, darunter Versorgungsunternehmen und Landwirte, die in großen Gewächshäusern arbeiten.

Die Idee eines Traktors mit Elektroantrieb ist übrigens nicht neu in Russland: Der erste elektrische Traktor kam dank einer Initiative der Arbeiter des Petrograder Elektrizitätswerks auf den Markt. Im Frühjahr 1920 installierten sie zwei elektrische Winden, die einen Pflug zogen, auf zwei Fahrgestellen. Dies beeindruckte Wladimir Lenin sehr, den die Idee begeisterte, elektrische Traktoren zu entwickeln. Auf den Feldern tauchten Elektrotraktoren erstmals 1949 auf, damals waren sie eine Mischung aus Traktor und Trolleybus. Die Idee fand damals keine Verbreitung: Die Kosten des Betriebs eines ET-5 mit Elektroantrieb waren doppelt so hoch wie die des DT-54 mit Dieselantrieb.



<https://i.ytimg.com/vi/nZb6yJtOPFM/sddefault.jpg>

[Video: ET-5 im Feldeinsatz]

Das zweite Aufkommen der Elektrotraktoren könnte erfolgreicher sein. Außerdem hat Russland mit dem Elektrotraktor bereits das Modell von Tesla überholt, das noch nicht auf dem Agrarmarkt ist. An der Entwicklung von Elektrotraktoren wird parallel unter anderem auch in Deutschland, der Ukraine und Indien gearbeitet. In Deutschland wurde vor kurzem ein E-Traktor der bayerischen Firma Fendt der Öffentlichkeit vorgestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624041a6b480cc5c72731094.jpg>

16:17 de.rt.com: **Hat Biden zum Sturz Putins aufgerufen? Weißes Haus relativiert, Peskow sieht "erstaunliche" Anmaßung**

In seiner Rede in Warschau hat der US-Präsident dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Kriegsverbrechen vorgeworfen und angezweifelt, dass er an der Macht bleiben dürfe. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow nannte Bidens Äußerungen "erstaunlich".

Der russische Staatschef Wladimir Putin sollte nach Ansicht von US-Präsident Joe Biden nicht länger im Amt bleiben. Biden sagte am Samstag während seiner Ansprache im Königsschloss in Warschau, ohne den russischen Präsidenten an dieser Stelle namentlich zu erwähnen:

"Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben."

In seiner Rede zum Abschluss eines zweitägigen Besuchs in Polen erwähnte Biden Putin allerdings mehrfach namentlich, stellenweise bezeichnete er ihn auch schlicht als "Diktator" oder "Tyrann".

Unmittelbar nach Bidens Rede bemühte sich ein ranghoher Vertreter des Weißen Hauses zu betonen, dass der Präsident mit seiner Äußerung nicht direkt zum Sturz Putins aufgerufen habe. "Die Botschaft des Präsidenten war es, dass es Putin nicht erlaubt sein darf, Macht über seine Nachbarn oder die Region zu haben. Er sprach nicht über Putins Macht in Russland oder einen Sturz der Regierung", fuhr er fort.

Auch Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat die Äußerungen von Biden umgehend kommentiert. Der Kreml wisse nicht, was US-Präsident Joe Biden meinte, als er sagte, sein russischer Amtskollege Wladimir Putin könne nicht an der Macht bleiben. Aber solche Fragen würden ohnehin nicht im Ausland entschieden, so der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow gegenüber RBC.

"Es ist nicht Bidens Aufgabe zu entscheiden. Der Präsident Russlands wird von den Russen gewählt."

"Im Großen und Ganzen sind diese Rede und die Passagen der Rede, die Russland betreffen, natürlich erstaunlich, um nicht Schlimmeres zu sagen", erklärte der Präsidentensprecher.

Wenn Biden von einer Isolierung Russlands spreche, verkenne er, dass sich die Welt nicht auf die Vereinigten Staaten und einen Großteil Europas beschränke.

Während seiner halbstündigen Rede im königlichen Schloss in Warschau sagte Biden, der Westen müsse sich auf einen "langwierigen Kampf" zwischen Demokratie und Autokratie vorbereiten, und die Ukraine stehe jetzt "an vorderster Front im Kampf für Demokratie und Freiheit". Er lehnte sich an die Worte des Papstes Johannes Pauls II. und der Reagan-Administration zu Zeiten des Kalten Krieges über die Sowjetunion als Ort der Unterdrückung an. Nun sei es Russland. "In den letzten 30 Jahren haben sich die Kräfte der Autokratie ausgebreitet".

Er sprach auch den russischen Vorwurf des Nazismus gegenüber der politischen Führung der Ukraine an. Dieser sei eine zynische Lüge, weil der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij selbst Jude sei und die Familie seines Großvaters im Holocaust ausgelöscht wurde. Während seines Besuchs in Polen besuchte der US-Präsident auch ein ukrainisches Flüchtlingslager an der polnisch-ukrainischen Grenze. In seiner Rede nannte Biden den russischen Präsidenten Wladimir Putin einen "Schlächter".

Politologin: Russland geht es jetzt um seine Existenz

Die russische Politologin und Amerikanistin Veronika Krascheninnikowa nannte die Rede des US-Präsidenten den Zorn eines Kreuzritters. Er habe die ganze ideologische Wucht des amerikanischen Kreuzzuges für "Demokratie" und "Freiheit" mit der religiösen Aufladung eines überzeugten Katholiken verbunden, schrieb sie in ihrem Kommentar "Die USA gehen aufs Ganze" für die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Bidens Rede bestätigte, dass Washingtons Hauptziel heute ein "Regimewechsel" in Russland sei, während der militärische Konflikt in der Ukraine als Instrument diene, um Moskau in einen zermürbenden Krieg zu ziehen und einen Vorwand zu liefern, um die Führung wegen "Kriegsverbrechen" anzuklagen. Die Politologin weist auch darauf hin, dass an der Wirtschaftsfront ein weiteres Paket von Sanktionen gegen russische Einzelpersonen und Unternehmen eingeführt wurde, das zusammengenommen eine neue Art von staatlichem wirtschaftlichen Vorgehen darstelle, das in der Lage sei, "den gleichen Schaden anzurichten wie militärische Macht".

Parallel dazu propagierte das Weiße Haus das Thema mit chemischen und biologischen Waffen, die Russland angeblich in der Ukraine einsetzen könnte. Dies sei die gleiche "False-Flag-Strategie" der US-Amerikaner wie in Syrien.

"So wird Russland der Ruf als 'verrückt gewordene Tötungsmaschine' aufgedrängt und die einzig mögliche Schlussfolgerung auferlegt: Die Macht im Lande muss gewechselt werden." Die Regierung Bidens gehe genauso entschieden gegen Russland vor wie seinerzeit Reagan gegen die Sowjetunion, schließt Krascheninnikowa. "Doch während die Architekten des Plans selbst damals nicht daran glaubten, die Großmacht zerstören zu können, nutzen die Strategen von heute Erfolgsgeschichten und ziemlich scharfe Werkzeuge, um den Plan umzusetzen. Russland steht in der Tat vor einer existenziellen Bedrohung, ähnlich wie die Sowjetunion Ende der 1980er Jahre."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624042f8b480cc64d8508719.jpg>

16:25 de.rt.com: Aufnahmen des Flughafens von Mariupol am Sonnabend

Ein Team der Nachrichtenagentur RIA Novosti konnte am Sonnabend das Terminal des Flughafens von Mariupol besichtigen und mit einer Drohne [Luftaufnahmen](#) des vor Kurzem noch umkämpften Flugfeldes drehen. Das Gelände befindet sich seit einigen Tagen unter

Kontrolle der Kräfte der Volksrepublik Donezk.

17:10 de.rt.com: **Buchstabe Z: Bayern beschließt strafrechtliche Konsequenzen bei öffentlicher Verwendung**

Bayern leitet ab sofort Strafverfahren gegen Bürger ein, die im Straßenbild den Buchstaben Z öffentlich erkennbar an sich tragen. Baden-Württembergs SPD fordert ebenfalls ein Verbot, wie zuvor schon die Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Der Bayerische Justizminister Georg Eisenreich (CSU) teilte der dpa mit, dass zukünftig Bürger, die in der Öffentlichkeit mit dem Buchstaben Z an der Kleidung angetroffen, "das Kennzeichen öffentlich zur Schau" stellen würden, mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen.

Der Bayerische Sender BR24 erklärt seinen Lesern die Bedeutung des Buchstaben wie folgt: "Das ‚Z‘ sei ein ideologisches Zeichen, die Träger billigten einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg." BR24 zitiert den zuständigen Justizminister Eisenreich mit den Worten: "Die bayerischen Staatsanwaltschaften gehen gegen Personen, die den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg öffentlich billigen, konsequent vor. Wir akzeptieren nicht, wenn völkerrechtswidrige Verbrechen gebilligt werden."

Laut Eisenreich habe der russische Präsident Wladimir Putin "einen verbrecherischen Angriffskrieg losgetreten, der schreckliches Leid für das ukrainische Volk bedeute". Die bayerische Justiz schaue daher genau hin, so Angaben des Artikels. Ein weiteres Zitat Eisenreichs lautet: "Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut unserer Verfassung. Jeder darf seine Meinung in Deutschland äußern". Die Meinungsfreiheit ende laut Eisenreich aber dort, "wo das Strafrecht beginnt", daher kämen durch das Strafgesetzbuch in Paragraph 140 geregelt, Bürger zukünftig zu dementsprechenden Anzeigen. Der BR24-Beitrag erläutert:

"Dort geht es um die Billigung bestimmter Straftaten - unter anderem auch um die Billigung des Verbrechens der Aggression. Nach Paragraph 140 Strafgesetzbuch, droht dafür eine Geldstrafe oder eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren."

Laut dem SWR fordert die SPD in Baden-Württemberg (BW) ebenfalls ein Verbot der Verwendung. Demnach appelliert die Partei an die Landesregierung von BW, das Zeichen zeitnah zu verbieten. Der Parlamentarische Geschäftsführer und Innenexperte der SPD-Fraktion, Sascha Binder, teilte dem SWR mit:

"Das Z-Symbol steht weder für die russische Föderation noch für russische Kultur oder Herkunft. Es ist ein klares Zeichen für die Unterstützung des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine und steht für grausame Gewalt auch gegen die Zivilbevölkerung. "

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) hatte am Freitag bereits strafrechtliche Konsequenzen für das Verwenden dieses Symbols in der Öffentlichkeit angekündigt. So teilte er laut dem RND mit:

"Wer durch das ‚Z‘-Symbol öffentlich Zustimmung zum Angriffskrieg von Russlands Präsidenten Putin auf die Ukraine zum Ausdruck bringt, muss in Niedersachsen mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen."

Die CDU Nordrhein-Westfalens äußerte ebenfalls Forderungen nach einem "umgehenden Verbot des Z-Symbols bei Demonstrationen und Aufmärschen". Der Buchstabe sei eine „Kampfansage an die freiheitliche Demokratie“, so der Innenpolitiker und stellvertretende Landtagsfraktionschef Daniel Sieveke (CDU) am Samstag gegenüber der dpa. Sieveke wörtlich:

"Es kann nicht sein, dass Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auch hier mit diesem Symbol dieses barbarischen und unmenschlichen Angriffskriegs konfrontiert werden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62403f6048fbef47d80b6083.jpg>

17:10 de.rt.com: **Prorussische Demonstration in Tel Aviv**

Wie die israelische Zeitung Haaretz [am Sonntag meldet](#), demonstrierten am Freitag und am Sonnabend Dutzende von Menschen auf dem Habima-Platz in Tel Aviv, um ihre Unterstützung für den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu bekunden. Die Demonstranten trugen russische und sowjetische Flaggen sowie Schilder mit der Aufschrift "Nein zur Russophobie".

Die Demonstranten kritisierten den ukrainischen Präsidenten: "Selenskij ist Jude, aber in seiner Seele ist er ein Nazi", sagte einer von ihnen. Über Passanten, die ukrainische Parolen skandierten, sagte ein Demonstrant:

"Wenn Sie 'Slava Ukraini' (Ruhm der Ukraine) rufen, hören wir 'Heil Hitler', und dafür ist in unserem Land kein Platz".

Bei den meisten [Teilnehmern](#) handelte es sich offensichtlich um Israelis russischer Herkunft. Einige von ihnen trugen Hemden mit dem Konterfei Putins, andere trugen Bänder am Revers, die an einem Ort zu Ehren des russischen Sieges im Zweiten Weltkrieg verteilt wurden. Andere trugen Bänder in den russischen Farben.

Es handelt sich um eine der ersten prorussischen Kundgebungen in Israel seit Beginn des Krieges in der Ukraine vor einem Monat. In den zurückliegenden Wochen gab es hingegen wöchentlich proukrainische Demonstrationen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 27. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Pawlopol eine Basisstation für den Mobilfunk montiert, es laufen Arbeiten zur Installation und Einrichtung einer Basisstation in Ursuf.

In **Wolnowacha wurde die Fernsehstrahlung** begonnen, Mangusch die Radioausstrahlung.

In Wolnowacha und Wolodarskoje wurde das Personal der Postfilialen aufgestockt, die Infrastruktur der Postobjekte wurde untersucht, um Reparaturarbeiten durchzuführen.

Mitarbeiter der Post erhielten Hilfe in Form von 25 humanitären Lebensmittelpaketen.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben in den letzten 24 Stunden in den befreiten Ortschaften 196 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe geleistet. Zwei weitere Gesundheitseinrichtungen wurden mit den notwendigen Medikamenten versorgt.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR untersuchten die zerstörte Brücke in Nowotroizkoje an der Straße N-20 von Donezk nach Mariupol. In Staraja Laspa wurden

Notfallarbeiten durchgeführt, um den Autoverkehr über die Brücke zu gewährleisten. Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** reparierten an der Eisenbahnstation Wolnowacha operative Schaltkreise, der Transformator Nr. 1 wurde wieder in Betrieb genommen. Ein Teil der Energieversorgungsobjekte an der Eisenbahnstation Kaltschik, an der Strecke Karan-Wolnowacha sowie Weichenübergänge an der Eisenbahnstation Chlebodarowka wurden repariert.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol und in Ortschaften des Telmanowo-Bezirks 14,74 Hektar Gelände und 5400 Quadratmeter Gebäude untersucht. 334 explosive Objekte wurden entschärft. In Mariupol wurde humanitäre Hilfe ausgegeben. Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:40 de.rt.com: **Medinski: Nächste Verhandlungsrunde mit der Ukraine am 29. März**
Wie der russische Unterhändler bei den russisch-ukrainischen Waffenstillstandsverhandlungen, Wladimir Medinski, mitteilte, hat am Sonntag eine weitere Verhandlungsrunde im Online-Format stattgefunden. Dabei sei beschlossen worden, am 29. und 30. März ein persönliches Treffen abzuhalten. Weitere Angaben zu den Gesprächsinhalten machte Medinski nicht.

abends:

18:10 de.rt.com: **Serbischer Präsident bezeichnet westliche Forderungen nach Unterstützung von Sanktionen gegen Russland als unfair**

Westliche Forderungen an Serbien, die Sanktionen gegen Russland zu unterstützen, bezeichnete der serbische Präsident Aleksandar Vučić am Sonntag als unfair. Serbien sei ein souveräner Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist und im Jahr 1999 selbst eine ausländische Aggression durch NATO-Truppen überlebt habe.

"Sie [der Westen] haben keine Sanktionen für Gas und Öl gegen Russland verhängt. Gefällt euch das nicht, wollt ihr keine Sanktionen gegen Russland verhängen? Das ist logisch und vernünftig, ja, aber Sie wollen für einen souveränen Staat, der nicht in die EU aufgenommen wurde und mit dem nicht einmal Artikel 31 der Verhandlungsplattform geöffnet wurde, entscheiden, welche Sanktionen er unterstützen wird", kritisierte Vučić im serbischen Sender

TV Prva.

Der Präsident fügte hinzu, dass Belgrad im Einklang mit seinen nationalen Interessen handele, auch wenn dies den Plänen anderer Länder zuwiderlaufe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62408b9d48fbef29dc2f43d9.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 27.3.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122-mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 9 Wohnhäuser, 3 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug beschädigt.

Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen. Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 26 ukrainische Nationalisten, einen Beobachtungspunkt, 2 Feuerpositionen von 122mm-Haubitzen D-30, einen Schützenpanzerwagen und 3 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Schützenpanzer und 2 Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

Sieben Soldaten der 54. mechanisierten Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, es wird keine Hilfe geben, Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Wir empfehlen nachdrücklich, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 405 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden **7 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 10 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

20:15 de.rt.com: **Macron warnt nach Bidens verbalem Angriff auf Putin vor "Eskalation**

in Worten oder Taten"

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat am Sonntag erklärt, dass er sich einer solch strengen Sprache enthalten werde, wie sie kürzlich vom amerikanischen Präsidenten gegenüber seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin verwendet wurde. "Ich würde diese Worte nicht benutzen", sagte Macron dem Sender France 3. Er bezog sich dabei auf den verbalen Ausrutscher von US-Präsident Joe Biden, der Putin am Samstag als "Schlächter" bezeichnet hatte, bevor er erklärte, dass der russische Präsident "nicht an der Macht bleiben" könne.

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine sagte der französische Präsident, er sehe seine Aufgabe darin, "zunächst einen Waffenstillstand und dann den vollständigen Rückzug der (russischen) Truppen (aus der Ukraine) mit diplomatischen Mitteln zu erreichen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62409936b480cc46cb0f1d2a.jpg>

Lug-info.com: Die Einwohner der LVR können das Schicksal der Republik nach deren vollständigen Befreiung von den Kiewer Truppen bestimmen, erklärte das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik gegenüber Journalisten.

Zuvor hatte das Staatsoberhaupt erklärt, dass ein Referendum über den Eintritt der LVR in die RF in der nächsten Zeit in der Republik stattfinden werde.

Pasetschnik merkte an, dass die Erklärung, die er als Antwort auf Fragen ausländischer Journalisten abgab, „eine recht großes politischen und gesellschaftliches Aufsehen hervorrief“.

„Deshalb will ich einige Erläuterungen vornehmen. Das ist zweifellos meine persönliche, private Meinung. Irgendwelche Aktivitäten, die auf die Durchführung eines Referendums auf dem Gebiet der Republik in der nächsten Zeit abzielen, werden nicht durchgeführt. Die Hauptaufgabe für die Führung der Republik, für die Einwohner unserer Republik ist heute, den Krieg zu beenden, unser Territorium zu befreien, unsere Einwohner vor dem Faschismus zu retten. Im Weiteren, wenn wir frei sind, werden die Einwohner unserer Republik das absolute Recht haben, ihr weiteres Schicksal zu bestimmen, mit wem und wie sie leben wollen, obwohl wir im allgemeinen unsere Wahl schon im Jahr 2014 während des Russischen Frühlings getroffen haben“, sagte das Oberhaupt der LVR.

20:45 de.rt.com: **Wohnungen in Kiew werden ab Montag nicht mehr beheizt**

Wegen des Krieges in der Ukraine wird die Heizsaison in der Hauptstadt Kiew am Montag

vorzeitig beendet. Das habe die örtliche Militärverwaltung angeordnet, teilte die Stadtverwaltung am Sonntag mit. Wohnungen und Geschäftsgebäude sollen nicht mehr beheizt werden. Für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen werde das Abschalten in Absprache mit deren jeweiliger Leitung geregelt.

In Kiew werden in den kommenden Nächten Temperaturen von ein bis drei Grad erwartet. Üblicherweise endet die Heizsaison im Fernwärmenetz Mitte April. Die Stadtverwaltung wies darauf hin, dass die Infrastruktur der Millionenstadt trotz des Krieges intakt sei. Notfallteams arbeiteten rund um die Uhr, um Schäden an den Strom-, Heiz- oder Wassernetzen zu reparieren. 90 Müllwagen transportieren demnach die Abfälle, mehr als 2.300 Hausmeister säubern weiterhin Straßen und Höfe.